

Beschluss des Landrats vom 26.09.2019

Nr. 142

34. Lohn. Zeit. Respekt. - Lohnkontrollen 2019/429; Protokoll: mko

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion entgegennehme.

Caroline Mall (SVP) hat, wie auch ihre Fraktion, Verständnis für den Vorstoss und kann ihn, zwar sehr gemischt, als Postulat überweisen. Aus zwei Gründen: Die Votantin hatte zuvor bereits darauf hingewiesen, dass steter Tropfen den Stein höhle. Es ist durchaus gut, dass dieser Tropfen betreffend Gleichstellung auch weiterhin fällt. Man ist in den letzten Jahren in dieser Frage – man kann sagen dank den Linken – ein Stück weit vorwärtsgekommen, obwohl die Votantin zum Teil eine etwas andere Optik einnimmt, was die Frauensache angeht.

Bundesbern ist daran, die nötigen oder vielleicht noch marginal fehlenden Akzente zu setzen. Zum anderen redet man hier von einer Verordnung, die tatsächlich in der Kompetenz der Regierung liegt. Deshalb wäre es vorteilhaft, man würde sie zu diesem Vorgehen einladen. Nun hat die Regierung der Motion zugestimmt, was in ihrer Fraktion etwas Erstaunen ausgelöst hat, gibt es doch nicht wenige Unterlagen (Selbstdeklarationen etc.), die zum Teil auch verbindlich sind. Man sieht, dass der Kanton eigentlich schon recht gut unterwegs ist. Dennoch möchte die SVP-Fraktion nicht im Wege stehen und würde das Postulat unterstützen.

Sven Inäbnit (FDP) war, wie auch seine Fraktion, ebenfalls erstaunt, dass der Regierungsrat die Motion einfach so entgegennehmen möchte. Man wäre gespannt auf die Begründung gewesen, denn bei der Analyse kommt seine Partei zu einem ganz anderen Schluss. Grundsätzlich ist Caroline Mall und der Motionärin zuzustimmen, dass die Lohngleichheitsthematik nach wie vor wichtig ist. Man ist unerklärlicherweise noch immer nicht dort, wo man sein sollte. Man sollte dem Thema also sicher Rechnung tragen. Die Motionärin verlangt jedoch einen Zusatz, der in der Verordnung zum Beschaffungsgesetz verankert werden soll. Im Beschaffungsgesetz ist aber bereits festgehalten, dass die Anbietenden die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in einer Selbstdeklaration bestätigen müssen. In dieser Selbstdeklaration muss auch geprüft werden, ob die Lohnanalyse eine Gleichstellung bewirkt. Dies kann sogar heute schon von der Kontrollbehörde, dem KIGA, überprüft werden.

Die FDP findet zwar, dass der Vorstoss im Grunde richtig ist. Es braucht ihn aber nicht, weil es bereits im Beschaffungsgesetz ganz klar definiert ist. Hinzu kommt, dass eine Lohnanalyse in Unternehmen von weniger als 100 Mitarbeitenden grundsätzlich sehr schwierig ist. Würde man das noch stärker systematisieren, wäre das eine grosse Herausforderung, weshalb der Bund auch eine Grenze eingezogen hat. Die FDP-Fraktion lehnt somit Motion als auch Postulat ab, da sie dazu keinen Grund sieht.

Miriam Locher (SP) hat nun schon zweimal gehört, dass man erstaunt sei, dass der Regierungsrat die Motion entgegennehmen wolle. Sie persönlich war sehr, sehr erfreut darüber. Im Juni gingen in der Schweiz über 400'000 Frauen auf die Strasse. Lohn, Zeit, Respekt – ihren Forderungen zu diesen drei Kernpunkten verschafften sie dabei laut und deutlich Ausdruck. Diese grosse Demonstration war ein Auftrag an die Politik, endlich zu handeln – zum Beispiel in Bezug auf die Lohngleichheit. Der Regierungsrat fing ja bereits in der letzten Legislatur mit der Unterzeichnung der Lohncharta damit an. Der logische Schritt ist nun, dass man weitermacht und auch in Bezug auf die Lohnkontrollen handelt.

Dass das Thema auch auf Bundesebene angegangen wird, wurde bereits erwähnt. Ein Teil ist davon allerdings ausgeklammert. Im Kanton hätte man deshalb die Chance, diesen Teil auch hier zu verankern. Von der gegenüberliegenden Seite hörte die Motionärin stets, dass es bereits möglich und im Grundsatz gut sei. Warum macht man es denn nicht? Es tut nicht weh, ist eine gute Sache und es ist etwas, womit sich ein weiteres Zeichen setzen lässt, dass der Kanton Baselland fortschrittlich auch in Bezug auf die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau ist.

Die CVP/glp-Fraktion hat laut **Felix Keller** (CVP) den Vorstoss sehr intensiv diskutiert und kam zum Schluss, dass sie die Motion nicht unterstützen könne. Eigentlich hat Sven Inäbnit dazu alles gesagt. Es ist ganz klar, dass seine Fraktion voll und ganz für eine Gleichstellung von Mann und Frau auch in Lohnfragen ist. Man hat sich aber gefragt, wie das umgesetzt werden soll? Wie ist die Handhabung? Wenn man einem Maler einen Auftrag gibt, geht man dann in sein Geschäft schauen, ob die Malerin gleich viel bekommt wie der Maler? Die Umsetzung scheint nicht ganz klar zu sein. Aus diesem Grund kann man das Anliegen auch nicht unterstützen.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) hört aus den Worten ihres Vorredners, dass es wirklich nötig ist, sich der Sache anzunehmen – weil man eben noch nicht genau weiss, wie das gesetzte Ziel zu erreichen ist. Deshalb ist die Grüne/EVP-Fraktion dezidiert für eine Überweisung als Motion. Sie ist sehr erfreut über die Entgegennahme der Regierung. Es braucht Kontrollen, damit das Ziel erreicht werden kann und die Gleichstellung irgendwann zu 100% oder fast 100% gegeben ist. Frauenfreundlichkeit ist doch ein positives Aushängeschild und stünde dem Kanton sehr gut an!

Miriam Locher (SP) ist irritiert darüber, dass es so oft heisst, man stünde ja dahinter, aber... Das kann sie nicht nachvollziehen. Entweder man unterstützt das Anliegen und stimmt der Motion oder dem Postulat zu. Oder man steht nicht dahinter. Dann kann man sich auch nicht hinter dem Gerede verstecken, dass man es ja eigentlich gut finde, aber... An den Worten von Felix Keller findet sie auch irritierend, dass er besser als der Regierungsrat zu wissen scheint, was zu tun ist. Wenn dieser sagt, er möchte die Motion entgegennehmen, liegt es auch in seinem Ermessen, wie er damit umgeht. Dann muss man nicht schon im Parlament überlegen, wie er es wohl angehen sollte. Am Schluss des Prozesses gibt es eine Vorlage, über die sich befinden lässt.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erinnert daran, dass diesen Juni die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen verabschiedet haben. Folgend wird jetzt die kantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen angepasst. Wiederum als Folge davon wird man im Kanton die Revision des kantonalen Beschaffungsgesetzes und der entsprechenden Verordnung zusammen mit dem Beitritt zum Konkordat behandeln. Mit anderen Worten: der Landrat hat alles in der Hand. Der Regierungsrat meint, dass die Zeit für Lippenbekenntnisse langsam vorbei ist. Es ist zwar ein mutiger Schritt. Wenn man es aber wirklich ernst meint, und auf der anderen Seite sicherstellt, dass die Umsetzung mit der nötigen Verhältnismässigkeit erfolgt, kann die Motion jetzt überwiesen werden. Der Landrat erhält dann das Produkt in Form eines Gesetzes vorgelegt und kann immer noch entscheiden, ob er es für angemessen hält oder nicht. Deshalb sei dem Rat ans Herz gelegt, der Regierung zu folgen und den Vorstoss zu überweisen. Nochmals: Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist langsam vorbei; man hat lange genug zugeschaut und schliesslich gemerkt, dass man nicht wirklich vorwärtskommt. Deshalb schadet es sicher nichts, wenn man die Sache nun etwas ernsthafter angeht.

Sven Inäbnit (FDP) möchte nicht verhehlen, dass ihn das permanente Misstrauen gegenüber den Unternehmen wahnsinnig stört, wie das von Miriam Locher zum Ausdruck gebracht wurde. Für ein seriöses Unternehmen ist es heute kein Thema mehr, ob es das, was sie hier verlangt, einführt oder nicht. Die Kontrollitis ist aus diesem Grund unverständlich. Oder gibt es Hinweise von Basel-

bieter Unternehmen, dass klare Unterschiede bestehen? Weiss Isaac Reber von Hinweisen, dass die Kontrollen, die das KIGA heute schon durchführen darf, nicht ausreichend sind? Das alles ist für den Votanten zu wenig begründet. Nun einfach auf Vorrat eine neue Grundlage zu schaffen, ist nicht nötig. Es geht dabei nicht um Lippenbekenntnisse, sondern es ist eine Tatsache, dass kein ernsthaftes Unternehmen heute nicht daran interessiert ist, eine Lohngleichheit anzustreben – obwohl das vielleicht aus Generationengründen nicht in jedem Fall heute und morgen gewährleistet werden kann. Die Absicht ist auf jeden Fall da und es sind keine Zeichen erkennbar, dass das schleppend vorangeht.

Roman Brunner (SP) versichert Sven Inäbnit, dass es keineswegs darum gehe, die Unternehmen zu «bashen». Man weiss, dass es viele Unternehmen gibt, die sich sehr bemühen und es gut machen. Es ist aber nach wie vor eine Tatsache, dass es diesen unerklärlichen Lohnunterschied gibt – im privaten wie im öffentlichen Sektor. Als Landrat ist man in der Pflicht, dagegen etwas zu unternehmen. Deshalb die Motion – überweist man sie, passiert auch etwas.

Anita Biedert (SVP) möchte das Thema auf eine andere Ebene bringen. Regierungsrat Isaac Reber hatte darauf hingewiesen, dass im Juni das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen verabschiedet wurde. In der Revisionsvorlage in Art. 12 ist die Lohn-Gleichstellung von Mann und Frau geregelt. Deshalb bräuchte es die Motion gar nicht. Ein Postulat könnte man machen, auch die SVP würde nicht dagegen stimmen. Aber eine Motion braucht es nicht.

Ursula Wyss Thanei (SP) erinnert daran, dass der Kanton Baselland im Jahr 2016 die Charta Lohngleichheit unterschrieben habe. Darin sind die Forderungen, wie sie auch die Motion stellt, enthalten. Es spricht deshalb nichts dagegen, sie zu unterstützen.

://: Mit 39:38 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion abgelehnt.
